



SPD-Fraktion Erfstadt • SPD-Bürgerbüro • Bahnhofstraße 38 • 50374 Erfstadt

Rhein-Erft-Kreis  
Herrn Landrat  
Frank Rock  
Kreishaus, Willy-Brandt-Platz 1  
50126 Bergheim

#### **Fraktionsvorsitzender**

Axel Busch  
Dirmerzheimer Str. 18  
50374 Erfstadt  
Telefon: 0178 8830133  
eMail: axel.busch@spd-erftstadt.de

#### **SPD-Bürgerbüro**

Bahnhofstr. 38  
50374 Erfstadt  
eMail: spd-buergerbuero-erftstadt@t-online.de  
Internet: www.spd-erftstadt.de

Erfstadt, 07.03.2023

### **Einschalten der Kommunalaufsicht**

Sehr geehrter Herr Landrat,

in der Ratssitzung der Stadt Erfstadt am 13.12.2022 wurde unter TOP 18 die neue Organisationsstruktur der Stadtverwaltung behandelt.

Folgender Diskussionsverlauf wurde in der Niederschrift festgehalten:

*18 Organisationsstruktur der Stadtverwaltung ab 01.01.2023 632/2022*

*Die Bürgermeisterin weist auf den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion Aufbruch'22 hin, der der Niederschrift als Anlage beigelegt wird.*

*StV Bohlen weist daraufhin, dass die nun vorgelegte Organisationsveränderung den vor zwei Jahren vorgelegten Empfehlungen der Firma IMAKA widerspricht. Die heute vorliegende Version ist nun die dritte geänderte Variante innerhalb von mehreren Wochen, die von der im Lenkungskreis vorgelegten Version erneut abweicht.*

*StV Sand erläutert den vorliegenden Antrag der Fraktion Aufbruch'22 und beantragt, über jeden Punkt des Änderungsantrages ihrer Fraktion einzeln abzustimmen.*

*StV Sand erklärt, dass die nun vorliegende Organisationsstruktur von der im Lenkungskreis vorgestellten Variante abweicht.*

*Im Haupt- und Finanzausschuss, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung wurde dann, aus Sicht ihrer Fraktion, ohne ausreichende Diskussion und Vorberatung, einem Änderungsantrag von Bündnis'90/die Grünen und Freie Wähler zugestimmt.*

*StV Bethmann erklärt, dass die ersten drei Punkte des Antrages der Fraktion Aufbruch'22 in das alleinige Organisations- und Delegationsrecht der Bürgermeisterin fallen und daher gemäß Gemeindeordnung NRW nicht in der Beschlusskompetenz des Rates liegen. Die Veränderungen der Zuordnung der Stadtwerke und des Sozialamtes zu den Dezernaten (Punkt 4 und 5 des Antrages) liegen in der Zuständigkeit des Rates.*

*Die Fraktion Bündnis'90/Die Grünen spricht sich für die vorliegende Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschuss, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung aus.*

*Die CDU-Fraktion verweist auf die bereits in der Vorberatung erfolgte Diskussion im Fachausschuss spricht sich ebenfalls für die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschuss, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung aus.*

*Die SPD-Fraktion schlägt vor, die Bereiche Schule, Jugend und Soziales in einem Dezernat zusammen zu fassen. Die SPD-Fraktion hält ebenfalls ein eigenständiges Kulturamt für erforderlich.*

*Der SPD-Fraktion fehlen auch entsprechende Begründungen für die nun vorgeschlagenen Veränderungen. Für die Fraktion der SPD erscheint die nun zur Beschlussfassung vorliegende Organisationsstruktur sehr willkürlich.*

*Die SPD beantragt, die Ämter -37-, Feuerwehr, und -32-, Ordnungsamt, in das Dezernat des Kämmerers einzugliedern und die Stadtwerke in das Technischen Dezernat einzugliedern.*

*Die FDP-Fraktion beantragt Sitzungsunterbrechung, um den erst am Vorabend der Sitzung eingegangenen Änderungsantrag der Fraktion Aufbruch'22 vor einer Abstimmung zu besprechen.*

*StV Reiner Wintz verweist darauf, dass die vorliegenden Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und Aufbruch'22 den Beschlussempfehlungen der Firma IMAKA widersprechen.*

*Die Bürgermeisterin verweist darauf, dass die Veränderung der Dezernatzuschnitte in der Kompetenz des Rates liegt. Die in der alleinigen Organisations- und Delegationshoheit der Bürgermeisterin liegenden Organisationsveränderungen unterliegen nicht in der Beschlusskompetenz des Rates und stehen daher auch nicht zur Abstimmung.*

*Die Sitzung wird für die Zeit von 19:06 Uhr bis 19:16 Uhr unterbrochen.*

*Die FDP-Fraktion erklärt, dass sie eine Zuordnung des Schulamtes zum Dezernat der Bürgermeisterin auf Grund der anstehenden und laufenden wichtigen Projekte, wie den Ausbau der OGS sowie die Sanierung und den Ausbau des Schulzentrum Lechenich, für*

*erforderlich hält. Die FDP-Fraktion spricht sich für die bewährte Beibehaltung der Zuordnung der Stadtwerke zum Dezernat des Kämmers aus.*

*Die Bürgermeisterin stellt die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschuss, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung zur Abstimmung.*

*Der Ausschuss beschließt die Veränderungen der Organisationsstruktur der Stadtverwaltung entsprechend dem als Anlage beigefügten Organigramm mit den vom Haupt- und Personalausschuss, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung beschlossenen Änderungen:  
Das Amt für Bildung und Volkshochschule (Amt 40) wird dem Dezernat III (Erster Beigeordneter) und nicht dem Dezernat II (Kämmerer) zugeordnet.*

*Das Amt für Soziales und Migration (Amt 50) wird dem Dezernat II (Kämmerer) und nicht dem Dezernat III (Erster Beigeordneter) zugeordnet.*

*Das Organigramm wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.*

*Dafür CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis '90/Die Grünen, Fraktion Freie Wähler  
Dagegen SPD-Fraktion, Fraktion Aufbruch '22, Fraktion Die Linke, FDP-Fraktion*

*StV Bohlen gibt nach der Abstimmung folgende persönliche Erklärung zu Protokoll:*

*„Ich stelle fest, dass bisher über Änderungsanträge bisher immer zuerst abgestimmt wurde. Wenn es eine Vorlage gibt und dazu gibt es Änderungsanträge, sind diese zuerst abzustimmen. Wir unterscheiden uns in diesem Punkt. Über Änderungsanträge ist zuerst abzustimmen. Ich kann diese durchgeführte Abstimmung so nicht nachvollziehen.*

*Es bestätigt den Verdacht, wie zuvor von einem Ratsmitglied geäußert wurde, dass es sich bei dieser gesamten Organisationsstrukturveränderung auch um willkürliche Entscheidungen handelt und hier nicht über inhaltliche Argumente weiter diskutiert werden soll.*

*Ich bedauere das sehr und muss feststellen, dass wir damit eine ganz neue Qualität der Ratsarbeit in dieser Stadt haben.“*

*StV Busch gibt zu Protokoll, dass er sich für die SPD-Fraktion der Erklärung von StV Bohlen anschließt und sich vorbehält, die Kommunalaufsicht diesen Vorgang prüfen zu lassen.“*

*Ergänzend weise ich darauf hin, dass die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschuss, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung (HPWD) als Tischvorlage verteilt wurde und im SDnet hinterlegt ist.*

*Als Beschlussgrundlage war somit die Beschlussempfehlung des HPWD zu sehen. Alle Änderungsanträge sind aus meiner Sicht immer weitergehend als die Ausgangslage. In meinen fast 14 Jahren als Ratsmitglied hat die jeweilige Sitzungsleitung immer über Änderungsanträge*

beschließen lassen, bei konkurrierenden Änderungsanträgen unter vorheriger Festlegung der Sitzungsleitung, welcher Änderungsantrag der weitestgehende ist.

Im vorliegenden Fall hat die Bürgermeisterin über keinen Änderungsantrag abstimmen lassen. Unter Hinweis auf §§ 7 und 13 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Erfstadt halte ich das Vorgehen der Bürgermeisterin für rechtlich nicht zulässig und unter Aspekten einer gelebten Demokratie für sehr bedenklich.

Ich bitte im Namen der SPD-Fraktion um rechtlich Bewertung und Überprüfung. Vorab danke für Ihre Bemühungen. Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Axel Busch

*Fraktionsvorsitzender*